

Kein Kapital für den Kapitalismus

Nach dem Scheitern der Klimakonferenz in Warschau braucht es neue Strategien, um die Erderwärmung zu stoppen. *Von Harald Welzer*

Die Stadtwerke Potsdam werben gegenwärtig um neue Kunden. Im Angebot: das „BabyBonus“-Paket. Dort heißt es: „Kleine Energieräuber sind uns was wert! Willkommen im Leben!“ Jedes Neugeborene bekommt 500 Kilowattstunden Strom gutgeschrieben, damit es sich von Anfang an in einer Welt zurechtfindet, in der es alles, vor allem Energie, immer im Überfluss geben wird. Das Baby wird sich noch wundern.

Vorletztes Wochenende ist in Warschau die internationale Klimakonferenz zu Ende gegangen. Sie ist, anders, als es die meisten Beobachter und die wieder mal enttäuschten Vertreter der Nichtregierungsorganisationen meinten, nicht ergebnislos geendet. Das eigentliche Ergebnis wurde nur nicht offiziell verkündet: Es ist nämlich die Aufkündigung des bislang immerhin symbolisch aufrechterhaltenen Einverständnisses darüber, dass man dringend Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung ergreifen sollte. Was heißt: Der Klimawandel ist final von der Tagesordnung der Welt-politik genommen worden.

Die große Besorgnis, die die Berichte des IPCC im Jahr 2007 ausgelöst haben und die der Film „Eine unbequeme Wahrheit“ mit Al Gore so sehr popularisiert hat, dass selbst Angela Merkel als „Klimakanzlerin“ mit roter Wetterjacke in der Arktis erschien, hat sich ja schon seit längerem verflüchtigt, aber irgendwie wollte niemand so richtig raus damit. Die USA verbrämen ihr Desinteresse an einem internationalen Abkommen damit, dass das Gas, das sie per Fracking gewinnen, klimafreundlicher sei als Kohle, während die Japaner mit dem Desaster von Fukushima und dem Ende der Atomkraft ein prima Argument haben, dass sie vermehrt Kohle verfeuern müssen, um wirtschaftlich mithalten zu können. So ähnlich sieht Hannelore Kraft das auch für NRW, und Australien, Kanada, Polen, Russland haben sowieso nie so richtig verstanden, weshalb man jetzt wegen der Erderwärmung aufhören soll, alles zu verfeuern, was die Fördertürme, Bergwerke und Pipelines so hergeben.

Anders gesagt: Das Primat der Ökonomie hat sich durchgesetzt. Es scheint nun egal zu sein, wie man mit drei, vier, fünf Grad mehr durch den Rest des gerade begonnenen Jahrhunderts kommen soll. Die Volkswirtschaften brauchen eine beständige Dosiserhöhung an Energie, wenn ihre Geschäftsmodelle weiter funktionieren sollen. Dagegen sind alle wissenschaftlichen Einsprüche genauso ohnmächtig wie die ohnehin marginalen Protestbewegungen.

Man könnte jetzt auf abgeklärt machen und sagen: Okay, menschengeschichtlich gab es schon eine Menge Kulturen, die gescheitert sind, weil sie ihre Erfolgsstrategien unter veränderten Bedingungen nicht umgestellt haben. Die Wikinger haben Grönland auch deshalb verlassen, weil sie an der Viehwirtschaft auch dann noch festhielten, als sie ihre Kühe im Frühjahr geradezu auf die Weide tragen mussten, da die wegen des fehlenden Winterfutters zu schwach zum Laufen waren. Sie hätten stattdessen nur auf die Idee kommen müssen, Fisch

zu essen, aber das erschien ihnen wohl so unvorstellbar wie uns heute der Verzicht auf die Idee von Wachstum. Die Wikinger glaubten, nicht ohne Kühe zu können, und wir glauben, dass das gute Leben auf Expansion beruht. Die angefixten Babys in Potsdam beispielsweise saugen das schon mit der Muttermilch auf. Und ein bisschen was werden sie ja wohl auch noch haben von der wunderbaren fossilen Wachstumswunderwelt. Zwei Jahrzehnte? Drei Jahrzehnte?

Mit der Weigerung der Ökonomie, auch nur irgendeine Grenze zu setzen, ist zugleich das Rennen eröffnet, wer in der Welt der unbegrenzten Ausbeutung von Ressourcen und ungehemmten Vermüllung am längsten in der Komfortzone bleiben kann. Die ökonomisch machtvollen Gesellschaften werden da einen erheblichen Vorsprung haben vor denen, die ein bisschen spät auf den Kapitalismus gesetzt haben oder blöderweise an der falschen Stelle der Welt liegen oder sogenannte Failed States

sind, in denen es weder Schutzrechte für die Bewohner gibt noch juristische Hürden für die Aneignung von Land, Wasser und Rohstoffen aller Art. Der verstorbene Soziologe Lars Clausen hat vor einigen Jahren hellsichtig von einer „failed globalization“ gesprochen.

Die expansiven Strategien werden, davon ist auszugehen, umso mehr intensiviert, je deutlicher die Knappheiten zunehmen, die ökonomisch gewünscht sind.

Je knapper die Ressource, desto größer die unbefriedigte Nachfrage, desto höher der erzielbare Preis. Je mehr sich das Gewicht zuungunsten der Nachfrager verschiebt, desto erfreulicher wird die Geschäftsgrundlage für den Anbieter. Deshalb ist Mangel prinzipiell nicht schlecht für den Umsatz. Mit diesem Prinzip war die kapitalistische Ökonomie bislang extrem erfolgreich: Kein anderes Wirtschaftssystem der Geschichte hat in vergleichbar kurzer Zeit mehr Reichtum generiert und verteilt. Aber wenn ausgerechnet Expansion die zentrale Problemlösungsstrategie einer Wirtschafts- und Gesellschaftsform ist, ergibt sich in einem endlichen System eine tödliche Falle: Diese Wirtschaftsform beginnt irgendwann, ihre eigenen Voraussetzungen zu konsumieren.

Also gilt es, jetzt noch so viel wie möglich herauszuholen. Auf diese Weise wirkt der Alarmismus der Ökos und der Klimaforscher sogar als Brandbeschleuniger, macht er doch deutlich, dass die Party womöglich bald vorbei sein könnte. Vielleicht löst das das Rätsel, wieso unablässig „Erdgipfel“ und Klimakonferenzen zur Rettung des Planeten stattfinden, obwohl das noch nie zu einer wirklichen Veränderung, geschweige denn zu einer Trendumkehr geführt hat.

Was sich hier zeigt, ist die komplette Machtlosigkeit der bisherigen Strategien von Intervention. Das kann in einem System, das arbeitsteilig organisiert ist, auch gar nicht anders sein: Ein Protest, der nicht in die Geschäftsmodelle eingreift, aber in der Ökonomie der Aufmerksamkeit punkten kann, etabliert schnell ein eigenes wirtschaftliches Segment, eine, wenn man

Konferenzen haben
noch nie zu einer
Veränderung, geschweige
denn zu einer
Trendumkehr geführt.



JINDRICH HONCNY / DER SPIEGEL

es zynisch sagen möchte, Besorgnisindustrie mit eigenen Experten, Professionalisierungen, Karrieremustern und PR-Abteilungen. Eine Wissenschaft, die wie die Klimaforschung beunruhigende Resultate findet, differenziert sich als eigene Disziplin aus, erlebt Instituts-, Kommissions- und Beiratskonjunkturen, stört aber den wirtschaftlichen Stoffwechsel, der für die beunruhigenden Resultate verantwortlich ist, praktisch überhaupt nicht. Man könnte sogar sagen, dass weder die Klimaforschung noch die Klimakonferenzen den CO₂-Ausstoß reduzieren, sondern zu seiner jährlichen Steigerung munter beitragen, weil sie Teil des expansiven Systems sind.

Was folgt nun daraus? Dass es um die Suche nach Strategien gehen muss, die das geschmeidige, aber leider zerstörerische Prinzip des Kapitalismus nicht vereinnahmen kann. Wenn etwa eine große Zahl von Unternehmen als Ziel ihrer wirtschaftlichen Anstrengungen nicht die Erhöhung des Gewinns, sondern des Gemeinwohls anstrebte. Dem Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie, das der österreichische Attac-Mitbegründer Christian Felber vor ein paar Jahren entwickelt hat, fühlen sich im deutschsprachigen Raum immerhin schon mehr als 1400, wenn auch überwiegend kleine Unternehmen verpflichtet, etwa ein Drittel davon legen jährlich entsprechende Bi-

lanzen vor. Mittelfristig zielt die Gemeinwohlbewegung darauf ab, dass eine solche Bilanzierung gesetzlich verbindlich wird. Je mehr Gemeinwohlpunkte ein Unternehmen erzielt, desto mehr gesetzliche Vorteile soll es genießen. Unternehmen mit einer guten Gemeinwohlabilanz könnten beispielsweise von niedrigeren Steuern profitieren, günstigere Kredite bei staatlichen Banken beziehen, Vorrang beim öffentlichen Einkauf und bei der Auftragsvergabe erhalten. Der bestehende Anreizrahmen würde also systematisch so umgepolt, dass fair erzeugte und gehandelte sowie ökologisch nachhaltige Produkte und Dienstleistungen günstiger würden als ethisch problematische Erzeugnisse und kurzlebige Wegwerfartikel.

Der Charme dieses Ansatzes besteht wie bei vielen in den vergangenen Jahren entstandenen Energie- und Einkaufsgenossenschaften, ethischen Banken, Tauschbörsen und Umsonstläden darin, dass es auf die Erzeugung von Mehrwert nicht mehr ankommt, wenn man genug hat – und das widerspricht der kapitalistischen Verwertungslogik erheblich heftiger als symbolische Akte aller Art. Weil solche Experimente anderen Wirtschaftens direkt in den ökonomischen Stoffwechsel eingreifen und selbst etwas anderes schaffen als nur immer neue Argumente: neue Tatsachen.

Es gibt noch ein viel wirksameres Instrument. Der US-amerikanische Umweltaktivist Bill McKibben hat im vergangenen Jahr die „Fossil Free Divestment“-Kampagne gestartet, die von der simplen Überlegung ausgeht, ganzen Branchen die Geschäftsgrundlage dadurch zu entziehen, dass man sein Geld dort herausnimmt. Das ergibt schon auf der Ebene privater Geldanlagen eine nicht unbeträchtliche Summe, gewinnt aber erhebliches Gewicht, wenn die Stiftungsvermögen amerikanischer Colleges und Universitäten, die Vermögen kirchlicher Organisationen und die Haushalte von Kommunen nicht mehr dort investiert werden, wo künftige Überlebensgrundlagen zerstört werden.

Mittlerweile gibt es an fast 400 amerikanischen Schulen, Colleges und Universitäten entsprechende Initiativen, vier Colleges und zehn Städte, darunter Seattle und San Francisco, haben sich bereits zum Desinvestieren entschlossen. In Europa, wohin sich die Kampagne jetzt ausbreitet, hat sich gerade das University College London angeschlossen, und man muss nur an die Summe der Stiftungsvermögen hierzulande denken, um zu ermessen, wie viel Kapital dem Falschen entzogen werden kann. Besonders dann, wenn man ganz klassisch kapitalistisch denkt und in Rechnung stellt, dass die von Desinvestment betroffenen Unternehmen auch für diejenigen keine gute Anlage mehr darstellen, denen völlig egal ist, auf welche Weise ihre Renditen zustande kommen.

So betrachtet wäre die kalte Aufkündigung des Einverständnisses von Warschau eben auch ein Auftakt für effektivere Gegenstrategien. Vielleicht zeigt sich nun auch noch den Wohlgesinntesten, dass auf Regierungen kein Verlass ist und dass man der Zerstörung unserer Überlebensgrundlagen nicht im Modus des herrschaftsfreien Diskurses beikommt.

Welzer, 55, lehrt an den Universitäten Flensburg und St. Gallen Sozialpsychologie und leitet die Stiftung „Futur Zwei“ in Berlin. Zuletzt erschien sein Buch „Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand“.